



## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

3. Sitzung (nichtöffentlich)

20. September 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10 Uhr bis 12.55 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenografin: Simona Roeßgen

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Aktuelle Viertelstunde - auf Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2000 - <u>Thema:</u> Position der Landesregierung zur Ökosteuer</b>	<b>1</b>
Dem Bericht von Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) folgt eine kontroverse Diskussion im Ausschuss.	
<b>2 Die Wirtschafts- und Mittelstandspolitik der Landesregierung in der 13. Wahlperiode</b>	<b>6</b>
Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) gibt einen umfangreichen Bericht ab.	

- 3 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften** 15

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/150

Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) erstattet Bericht.

- 4 Strukturwandel im Ruhrgebiet** 18

Der Ausschuss diskutiert über den schriftlichen Bericht von Minister Ernst Schwanhold (MWMEV).

- 5 Die Technologiepolitik der Landesregierung in der 13. Wahlperiode** 20

Minister Harald Schartau (MASQT) gibt einen Bericht ab und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

*Der Ausschuss kommt überein, TOP 6 - Grenzüberschreitende Abstimmung über die Ansiedlung von Factory-Outlet-Centern -, TOP 7 - Abbau von Kraftwerkskapazitäten in Nordrhein-Westfalen -, TOP 8 - Mögliche Ansiedlung einer neuen Produktionsstätte der BMW AG im Industriepark Lippetal (Rieselfelder Datteln/Waltrop) -, TOP 9 - Perspektiven für das "newPark"-Projekt im Emscher-Lippe-Raum - und TOP 10 - Verschiedenes - in der Sitzung am 25. Oktober 2000 zu beraten.*

Er halte es grundsätzlich für besser, in der Energiepolitik einen Mix zu fahren, um gegen die Unwägbarkeiten des Marktes besser gewappnet zu sein, merkt **Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** an. Diese Diskussion könne unter TOP 5 - Technologiepolitik der Landesregierung in der 13. Wahlperiode - fortgeführt werden.

**3 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/150

**Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** bittet Minister Ernst Schwanhold, die Nachträge in Einzelplan 08 darzustellen.

**Minister Ernst Schwanhold** trägt vor:

Der Ihnen vorliegende Entwurf eines Nachtragshaushaltes 2000 sieht für den Einzelplan 08 in zwei Bereichen Ausgabenerhöhungen vor, die ich Ihnen gerne erläutern möchte. Zunächst darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine neue Haushaltsposition lenken, die von der finanziellen Ausstattung her zwar ganz unbedeutend, von ihrem inhaltlichen Hintergrund her nach unserer Einschätzung allerdings ungemein wichtig ist. Sie finden diese Position in Kapitel 08 030. Dort steht unter dem Titel 831 00: "Erwerb von Beteiligungen ... 13.000 DM".

Eine der wichtigsten außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Wirtschaftsministeriums wird in den nächsten Jahren darin bestehen, die nordrhein-westfälische Wirtschaft bei der Erschließung neuer Märkte in Mittel- und Osteuropa im Rahmen der Osterweiterung der Europäischen Union konkret zu unterstützen. Markterkundungen haben ergeben, dass dort etwa bis zum Jahre 2015 Infrastrukturinvestitionen von 200 Milliarden DM insbesondere in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllverbrennung und -deponierung, Luftreinhaltung sowie für den Anschluss an europäische Verkehrskorridore anstehen. Hier erschließt sich ein neuer, großer Markt für die nordrhein-westfälische Wirtschaft, der von der Europäischen Union gefördert und durch europäische Programme finanziell unterstützt wird, teilweise übrigens mit

Geld, welches in Nordrhein-Westfalen verdient worden ist. Diese finanzielle Unterstützung der EU wollen wir für unsere Unternehmen nutzbar machen.

Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass in den Bereichen Abwasser, Abfall, Straßenbau und Eisenbahn für die nordrhein-westfälische Wirtschaft in den nächsten 10 bis 15 Jahren ein Auftragsvolumen von 25 Milliarden DM gewonnen werden kann. Dazu sind von staatlicher Seite und vonseiten der Wirtschaft Maßnahmen erforderlich, die weitreichende Auswirkungen auf die politische und organisatorische Gestaltung unserer Wirtschaftsförderung und auf unsere Außenwirtschaftspolitik haben.

Marktinformationen und -erschließungen verursachen bei den Größenordnungen, über die wir jetzt sprechen, geschätzte Kosten von 10 Millionen DM bis 15 Millionen DM. Dazu ist ein abgestimmtes Vorgehen von Politik und Wirtschaft im Land Nordrhein-Westfalen und ein privatwirtschaftliches Engagement in personeller und finanzieller Form erforderlich. Das gemeinsame Vorgehen von Politik und Wirtschaft soll in der nordrhein-westfälischen "Außenwirtschaftsoffensive Mittel- und Osteuropa" erfolgen, die in Form einer Public Private Partnership von meinem Haus und der NRW-Wirtschaft getragen wird.

In einer gemeinsamen Initiative werden wir unsere Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa mit allen Beteiligten aus der Wirtschaft, aus den Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft und den Banken abstimmen, ein gemeinsames Konzept erarbeiten und umsetzen, eine finanzielle und personelle Beteiligung der NRW-Wirtschaft einwerben und zielgerichtete und konkrete Markterschließungs- und Sicherungsmaßnahmen durchführen.

Die nordrhein-westfälische Außenwirtschaftsoffensive soll in Form einer nicht erwerbswirtschaftlich orientierten GmbH organisiert werden, an der sich das Land mit einer Sperrminorität beteiligt. Hauptgesellschafter wird eine Aktiengesellschaft sein, an der sich etwa 100 kleine und mittlere Unternehmen aus den Branchen Verkehr, Energie und Umwelt beteiligen. Zahlreiche Unternehmen haben ihr Interesse an einem solchen Engagement geäußert und werden mit der Gründung dieser Aktiengesellschaft unverzüglich, d. h. sofort, beginnen.

Mit der Gründung der GmbH wird die auf Dauer angelegte Außenwirtschaftsoffensive einen Rahmen erhalten, der Politik und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen als kontinuierlich einheitliche und handlungsfähige Einheit dokumentiert. Dies ist gegenüber den osteuropäischen Partnern - das mag man bedauern - noch immer unabdingbar und verleiht der Außenwirtschaftsoffensive auch gegenüber der NRW-Wirtschaft die notwendige Akzeptanz und Legitimation. Deshalb ist das Stammkapital eingesetzt worden.

Der Anteil des Landes an den operativen Kosten der GmbH in Höhe von 1 Million DM für das vierte Quartal 2000 wird aus PROFIS-Mitteln finanziert. Für den Haushalt 2001 ist beabsichtigt, die notwendigen Mittel separat zu veranschlagen. Es wird notwendig sein, dass sich das Land zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren mit etwa 3,5 Millionen DM pro Jahr beteiligt. Nach dieser ersten Anschubphase sollen die öffentlichen Mittel reduziert und durch Mittel der Wirtschaft ersetzt

werden. Nach dem fünften Jahr erwarten wir, dass sich die NRW-Außenwirtschaftsoffensive ausschließlich aus Beiträgen der Wirtschaft finanziert.

Die zweite Veränderung im Nachtragshaushalt finden Sie bei der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Das ist Kapitel 08 030 mit den Titeln 333 10, 891 76 und 891 77.

Aufgrund der Neuabgrenzung der Fördergebietskulisse verringert sich der Anteil von NRW an der GA-West von bisher 31,43 % auf 29,483 %. Aus diesem Grunde müssen die Verpflichtungsermächtigungen sowohl beim Landes- als auch beim Bundesanteil um jeweils 35,078 Millionen DM, insgesamt also um 70,156 Millionen DM abgesenkt werden. Dagegen müssen die Barmittel sowohl beim Landes- als auch beim Bundesanteil um jeweils 0,989 Millionen DM, insgesamt also um 1,978 Millionen DM erhöht werden. Diese Erhöhung ist notwendig, weil der Bund die Barmittel für das Haushaltsjahr 2000 ursprünglich nur entsprechend dem auf 29,483 % abgesenkten Anteil an der GA-West zur Verfügung gestellt hat.

Der sich daraus ergebende Ansatz reicht aber nicht aus, um die in den Vorjahren eingegangenen Verpflichtungen abzudecken. Der Bund hat sich deshalb bereit erklärt, die zur Abdeckung der Verpflichtung notwendigen Barmittel in vollem Umfang zuzugestehen. Die übrigen Ansatzveränderungen innerhalb des Nachtragshaushaltes dienen der Deckung des soeben erläuterten Mehrbedarfs in Einzelplan 08.

Der Wirtschaftsausschuss befasse sich nur selten mit der Außenwirtschaft in Mittel- und Osteuropa, so **Christian Weisbrich (CDU)**, zuletzt im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Herrn Dr. Warnke-Gronau. Es sollte verstärkt darauf geachtet werden, die Millionenbeträge effizient einzusetzen. Die Mittel dürften nicht wieder versickern.

**Werner Bischoff (SPD)** bittet um Auskunft, in welchen Bereichen die Außenwirtschaftsoffensive wirken werde. Auf diesem neuen, spannenden Feld betätige sich bereits ein großes nordrhein-westfälisches Unternehmen aus dem Bereich Umweltschutz und Wassertechnik, das derzeit ein großes Projekt in Moskau realisiere. Die Offensive komme letztlich auch der nordrhein-westfälischen Industrie zugute, da sie mit Aufträgen aus den geförderten Bereichen rechnen könne.

**Minister Ernst Schwanhold** sagt zu, dem Ausschuss seinen Sprechzettel zukommen zu lassen, und warnt vor der Verwendung des Begriffs "versickern"; denn damit verbinde man allzu schnell kriminelle Machenschaften. Ob die im Rahmen der Außenwirtschaftsoffensive zu erwartenden Gegenleistungen erfüllt würden, müssten der Rechnungshof und der Haushaltskontrollausschuss des Landes überprüfen. - **Christian Weisbrich (CDU)** stellt klar, er befürchte keine kriminellen Machenschaften, sondern den nicht effizienten Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel.

**Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** weist darauf hin, dass die Berichterstatter der Fraktionen am 27. September 2000 über dieses Thema Gespräche führen würden. Am 25. Oktober 2000 folge dann die abschließende Beratung und Abstimmung im Wirtschaftsausschuss.

#### 4 Strukturwandel im Ruhrgebiet

##### Bericht der Landesregierung

Wie in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses verabredet, solle dieses für das Land bedeutende Thema heute intensiver diskutiert werden, so **Vorsitzender Dr. Helmut Linssen**. Der Bericht des Ministers liege schriftlich vor.

**Laurenz Meyer (CDU)** kritisiert die Mitwirkung von IHKs mit Sitz innerhalb und außerhalb des Ruhrgebiets und die von Gremien an Entscheidungen über Prozesse der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik. Anlässlich der gerade begonnenen Legislaturperiode sollten diese Strukturen geändert werden.

**Minister Ernst Schwanhold** gibt seiner Hoffnung Ausdruck, die Betroffenen durch Projekte motivieren zu können, von sich aus nach der Notwendigkeit der zahlreichen Organisationsplattformen zu fragen. Gebietskörperschaftsgrenzen und die Zugehörigkeit von Unternehmen zu Kammern stellten Zufälligkeiten dar, die nicht zum Wettbewerbsgedanken mit dem Ziel des effizienten Mitteleinsatzes passten. Zum Beispiel mache die Entwicklung der Emscher-Lippe-Region und die Entwicklung der Petrochemie in Gelsenkirchen nicht an Stadtgrenzen Halt.

**Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** hält fest, der Prozess solle mehr von unten organisiert werden. Der Wirtschaftsausschuss könnte helfen, dieses Bedürfnis zu artikulieren.

Würden die grundsätzlichen Probleme nicht gelöst, könne der Strukturwandel im Ruhrgebiet nicht erfolgreich sein, betont **Christian Weisbrich (CDU)**. Er zitiert aus einer vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Studie zur Evaluierung des Erfolgs der Technologiezentren in Nordrhein-Westfalen. Danach werde die Eignung des Regionalkonsenses als Steuerungsmechanismus für die räumliche Abstimmung bezweifelt, konkurrierten zahlreiche Städte und Gemeinden miteinander, orientierten sich lokale Akteure weniger an der ökonomischen Situation vor Ort als primär am Förderprogramm des Landes, werde in Subventionskategorien gedacht und komme es zu Stimmentausch und Paketlösungen. Er frage sich, so **Christian Weisbrich** weiter, ob in der Konsequenz der Regionalkonsens nicht durch projektbezogene Wettbewerbe ersetzt werden sollte.